

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post bezahlt
vierteljährlich 2.40 M. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 M.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklame-
zeile 1.00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 192

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 19. August 1919.

Jahrgang 1.

Daß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen, vom
bessern dich zum Besten aufzuraffen. Nur wenn dein Geist
nach Fortschritt immer geist, dann lebst du; es leben nur,
die schaffen.

Die Mission als Helferin im Kolonialkrieg.

Jetzt erst, nach der Rückkehr der tapferen Truppe Lettow-
Vorbeck und unserer deutschen Missionare aus Deutschost-
afrika, zeigt es sich, welchen bedeutenden Anteil die Mission
an der Verteidigung dieser Kolonie genommen hat. Es
mag zunächst wenig ins Gewicht fallen, daß die militär-
pflichtigen Missionare beim ersten Aufruf des Gouverneurs
freudig zu den Waffen eilten, um gleich andern Lands-
leuten ihre Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und daß
andere als Krankenpfleger Dienst leisteten. Wichtiger ist
schon, daß zwei Berliner Missionsärzte, Dr. Dehne und
Dr. Grimm, ihre ärztliche Kunst der Schutztruppe zur Ver-
fügung stellten, der erstere, bis ihn der Tod ereilte, der
letzte, bis er in englische Gefangenschaft geriet. Andere
Missionare haben durch Organisation und Leitung des so
überaus wichtigen Trägerdienstes und durch Beruhigung
der Bevölkerung der Schutztruppe ganz unschätzbare Dienste
geleistet, die auch von dieser stets voll anerkannt wurden.

Ein hervorragendes Verdienst kommt aber der Mission,
besonders der Berliner, zu, auf dem Gebiete der Ver-
sorgung der Kolonie mit Lebensmitteln
und Bekleidungsstoffen.

Als der Krieg ausbrach, und die Einfuhr von Nah-
rungsmitteln aus Amerika und Europa plötzlich stockte, war
es zunächst ein Glück, daß in Dar-es-Salaam, wo eine große
Landesausstellung vorbereitet wurde, eine beträchtliche
Menge von Lebensmitteln aufgespeichert lagen. Das kam
den Europäern und besonders der Schutztruppe zugute,
reichte aber natürlich nicht weit. Hirse, Mais und sonstige
Eingeborenennahrung war überall, mit Ausnahme des
durch Dürre heimgeführten Südens, reichlich vorhanden, so
daß vorerst von einer Rationierung der Eingeborenen ab-
gesehen werden konnte. Anders verhielt es sich mit den
Nahrungsmitteln für die Europäer. Das im Kilimandscharo-
gebiet und in Umanara angebaute Brotgetreide
reichte nur für den Norden aus. Wer sollte nun den
Europäern das Fehlende liefern? Das war die erste
Frage. Da kam die Berliner Mission zur Hilfe.

Im Südwesten des Landes, im Ringgebiet, hatte sie
schon länger den Anbau von Weizen eingeführt.
Aus geringen Anfängen entwickelte sich diese stille Kultur-
arbeit im Nyassaland zu großer Bedeutung. Sie bot den
Leuten eine willkommene Verdienstmöglichkeit, machte sie
selbst, während sie zuvor durch die Hoffnung auf großen
Verdienst sich hatte an das ungesunde Küstengebiet locken
lassen, und bildete zugleich ein ausgezeichnetes Mittel, sie
zu geregelter Arbeit zu erziehen. Besonders Missionsuper-
intendent Hübner in Bulongwa machte sich durch die
Förderung des Weizenbaues verdient. Schon im Jahre 1909
konnte er berichten, daß seine Gemeinde am Erntedankfest
11½ Zentner Weizen als Dankopfer darbrachte; 1910
waren es bereits 14½ Zentner und 1911 gar 17 Zentner
geworden. Getreidefeld reichte sich an Getreidefeld; der
Volkswohlstand nahm zu, und die gesamte Abgabe
von Steuern an die Regierung konnte vor
dem Kriege aus dem Weizenüberschuß be-
stritten werden. Die „Deutschostafrikanische Zeitung“
schrieb im Februar 1910: „Aus kleinen Anfängen ist eine
der bedeutendsten Volkskulturen Ostafrikas geworden. In
dem ganzen Berglande von Ufinga und darüber hinaus
wird jetzt Weizen angebaut. 1907—1908 betrug die Ge-
samternte 1000—1500 Zentner, 1908—1909 schon 10 000
Zentner, die einen Wert von 120 000 Mark darstellten. Fast
die Hälfte des Weizenetrags wurde im Lande selber ver-
zehrt, das übrige kam den Nachbargebieten zugute.“ Als
der Unterstaatssekretär 1909 nach Ufinga kam, war er er-
staunt über den Fleiß der sonst als träge verschrienen
Neger. Eingeborene Frauen fingen bereits an, sich im
Brotbacken nach europäischem Muster zu üben. Als mit
Ausbruch des Weltkrieges plötzlich die Einfuhr von
Weizenmehl aufhörte, da konnten sämtliche Europäer aus

dem Weizengebiet der Berliner Mission versorgt werden.
Endlose Trägerkarawanen beförderten das kostbare Ge-
treide zum Ringgebiet und von dort an die Mittelstadi-
bahn. Zugleich wurde Vorräte getroffen, den Weizenbau
noch weiter auszudehnen.

Auch den Anbau der Kartoffel hatte die Mission
von Anfang an betrieben, vor allem in dem dazu geeigneten
Norden des Schutzgebietes, desgleichen von europäischem
Gemüse. Öl und Fett war in genügender Menge vor-
handen, desgleichen Kaffee in bester Qualität. Zucker
konnte aus Zuckerrohr gewonnen werden, wenn auch die
dafür vorhandene Einrichtungen sehr primitiver Art
waren. Für die Gewinnung von Salz besaß die Kolonie
am Magarassi die große, trefflich eingerichtete Saline
Gottorp, die freilich später in die Hände der Feinde fiel.
Der Norden mit seinen ungezählten Viehherden lieferte zu-
nächst reichlich Fleisch, bis auch er vom Feinde besetzt wurde
zusammen mit dem wertvollen Weizengebiet und man mehr
und mehr auf die Eingeborenennahrung angewiesen war.
Große Sorge machte von Anfang an die Bekleidungs-
frage. Zunächst waren freilich Bekleidungsstoffe für
Europäer und Eingeborene reichlich vorhanden, aber sie
nutzten sich schnell ab, und der Mangel einer Bekleidungs-
industrie machte sich bald schmerzhaft fühlbar. Denn die
früher blühende Handweberei war längst als unrentabel
aufgegeben worden.

Da trat wiederum die Berliner Mission als Helferin in
der Not auf. Eine ihrer Missionare, der Tischlermeister
Hennke aus Pommern, ein findiger Kopf, ging an die
Arbeit und brachte ein Spinnrad und einen brauchbaren
Webstuhl zustande. Das war am Ende des Jahres 1915.
Hennke fing an, Garn aus Ananasfasern zu spinnen. Leider
fehlten die Entfaserungsmaschinen, und so war die Ge-
winnung der Faser aus den starren Blättern der Ananas-
pflanze äußerst mühsam. Aber es ging doch. Gute Freunde
halfen mit Rat und Tat. Frau Missionar Wegner
zeigte, wie man Baumwollfasern auf dem Spinnrad ver-
spinnen konnte. Die Missionare Schernus und Schirge
lernten das Weben am Hennke'schen Webstuhl und leiteten
Eingeborene zur Webearbeit an. Es ging vorwärts. Die
Mission erhielt den Auftrag, so viel Spinnräder zu ver-
fertigen, als irgend möglich war. Schließlich wurden
wöchentlich 30—50 Stück fertiggestellt und versandt. Mis-
sionar Hennke richtete dann im Januar 1916 in Greiz bei
Morogoro eine Spinnerei und eine Weberei ein und konnte
dort 150 Spinnräder und 20 Webstühle in Betrieb setzen.
Das war natürlich nur deshalb möglich, weil die Mission
zuvor schon die Eingeborenen zu allerlei Handwerken an-
geleitet hatte, also schon ein Stab mehr oder weniger ge-
übter Arbeiter zur Verfügung stand. Natürlich fehlte
es nicht an Enttäuschungen, und nur allmählich gelang es,
einen durchaus brauchbaren Bekleidungsstoff zu liefern. Mit
Hennke's Tischlern richtete dann Regierungsrat Schmidt
weitere Spinnereien und Webereien ein. In Mombasa kam
ein großer Regierungsbetrieb zustande. Die Regierung
feuerte den Eifer der Eingeborenen durch Prämien an mit
dem Erfolg, das Hennke's tüchtigste Weber es täglich bis zu
10 Metern Stoff brachten. So war also der Not gewehrt,
bis das Hilfsschiff „Marie“ Anzüge für Europäer und Ein-
geborene aus Europa brachte.

Es gab in der Folge noch manche Not zu überwinden
als das Petroleum und Seife zu Ende gingen, die Leder-
waren aufgebraucht waren und kein Chinin mehr vorhan-
den war. Der deutsche Erfindungsgeist triumphtierte auch
über diese Schwierigkeiten. Aber immer wieder war es die
Mission, welche sich in hervorragender Weise zugunsten der
Gesamtheit betätigte. Das soll ihr in alle Zukunft un-
vergessen sein.

Was geht vor?

Wir wollen nicht mit ihm rechten, dem Mann, der seit-
dem Herr v. Bethmann-Hollweg ihn rief, der Anwalt der
Deutschen in Feindes- und Neutralienland zu sein, eine
klare, zielbewusste Politik trieb. Außer ihm selbst sind es
aber bis jetzt nicht viele in unserer Volks, die das klare
politische Ziel Erzbergers erkennen. Es hat wohl wenig
Staatsmänner gegeben, die in gleicher Gewandtheit sich
durch die größten Schwierigkeiten hindurch, aus den miß-

lichsten, peinlichsten Verhältnissen heraus zu winden ver-
standen. Herr Erzberger ist der Mann, der genau weiß, daß
er seine Riemen aus den Fellen anderer schneidet und
schneiden muß. Deshalb sind seine schwungvollen Finanz-
und andere Reden imstande, ihm eine Nachfolgerschaft der-
jenigen Kreise zu erhalten, die nun einmal genötigt sind,
für die Masse des Volkes, die keinen tieferen Einblick in die
Zusammenhänge des ganzen Wirtschaftslebens hat, aus der
ganzen Neuordnung möglichst greifbare Augenblickserfolge
herauszuholen.

Sympathisch sind uns manche Pläne Erzbergers in der
Neugestaltung des Finanz- und Steuerwesens, in der Ver-
tretung des Reichseinheitsgedankens, in Verkehrs- und
Steuerfragen.

Der Gesamteindruck bei all seinen großen Reden und
Plänen ist aber doch ein Gefühl, als ob er das neue Haus
nicht auf Felsen, sondern auf sehr unsicheren, sandigem
Grunde aufbaute. Ob die ganze Politik Erzbergers nur
nach Rom orientiert ist, wie sehr viele behaupten, das muß
sich noch zeigen.

Wenn Männer, deren Wort bisher in deutschen Landen
etwas galt, so starke Zweifel haben an der Ehrlichkeit und
Aufrichtigkeit des Reichsministers, könnten wir uns wohl
denken, daß die besten Köpfe auch in der Sozialdemokratie
eines Tages dem Manne die Gefolgschaft verlagern, der wohl
Pläne machen kann für den Bau eines hohen Turmes, aber
nachher nicht die Mittel hat, den Bau hinauszuführen.

In der führenden, sozialdemokratischen Presse zeigt sich
heute schon eine gewisse Unsicherheit in der Beurteilung des
Erzberger'schen Verhaltens, wenn man diese Unsicherheit
auch noch unter viel Geschrei über die Verbrechen Michaelis,
Helfferich, Lubendorff und Wilhelm II. zu verdecken sucht.

Ja, die führenden Leute in der Sozialdemokratie, d. h.
in der jetzt regierenden Sozialdemokratie
haben es zur Zeit nicht leicht. Sie möchten gerne, solange
die Nationalversammlung noch am Ruder ist, möglichst viel
Gesetze schaffen, die für den dem Volke versprochenen Zu-
kunftstaat nötig sind. Da finden sie nun soviel Wider-
stände. Die schlimmsten Gegner sind mehr nach links, die
U. S. P. D., die Spartakisten, die Kommunisten. Sie alle
kennen das Begehren der Massen. Wer am radikalsten vor-
geht, gewinnt am ersten die Straße. Solange aber die
Diktatur des Proletariats nicht durchgeführt werden kann,
muß mit der vom Volke gewählten Nationalversammlung
regiert werden und hier gehört dann zum Gesetzmachen
eine Mehrheit, die zusammengeführt werden muß aus
Gruppen, die sowohl in Wirtschaftspragen wie in der Welt-
anschauung die verschiedensten Auffassungen haben.

Dadurch entsteht nun für die Mehrheitssozialdemokratie,
die wohl die stärkste Partei ist, aber allein keine Gesetze
durchbringen kann, die immerhin mißliche Lage, nach Hilfe
anzuschauen. Die findet sich bis jetzt nur nach rechts, bei
Demokraten und Zentrum. Nach unserer Meinung ist
denkbar unnatürlichste Ehe. Oder glaubt jemand im Ernst,
daß die Sozialdemokratie mit der Demokratischen Partei
Sozialisierungs- oder mit dem Zentrum Kirchen- und Schul-
gesetze machen könnte, die beide Teile auf die Dauer be-
friedigen? Weil dieser Weg aber im Augenblick gegangen
werden muß, wenn die Staatsmaschine nicht ganz still-
stehen soll, muß die regierende Sozialdemokratie sich von
den nach links abgeschwenkten früheren Freunden den Vor-
wurf gefallen lassen, ihre wahre Gesinnung verleugnet zu
haben. Das macht ihr viel Sorge. Es ist ein manchmal
recht ergötzlicher Kampf, den die beiden Hauptorgane der
beiden sozialistischen Parteien, „Vorwärts“ und „Freiheit“,
führen, dem sie oft, trotz der Papierknappheit, ganze Seiten
und mehr Text an Dinge widmen, um die sich gewöhnlich
ernste Männer nicht mehr streiten.

Gefahren drohen der Sozialdemokratie von allen Seiten.
Sie wittert sie wenigstens allenthalben. Wenn die Re-
gierungsoldaten, von schneidigem Offizier geführt, in
festem Schritt, ein kräftiges Soldaten- oder Vaterlandslied
singend, durch die Straßen marschieren, hören manche, viel-
leicht die mit schlechtem Gewissen, schon darin den Schritt
der Reaktion. Wenn aber im Osten des Vaterlandes, dort,
wo der Feind vor der Tür steht, die gemeinsame Not und
Bedrängnis die Volksgenossen zusammenführen will, wacht
man ängstlich darüber, daß der alte Preußengeist ja nicht
zuviel Einfluß gewinnt. Es wird darüber wie folgt be-
richtet:

Interessant ist der Satz, welcher sagt, daß man keine Partei braucht, in der sich die Deutschen einigen. In hohen Tönen reden unsere Regierungsleute von einem großen, einigen, deutschen Vaterlande, aber eine Partei, die die Deutschen einigt, brauchen sie nicht. Jawohl, wir brauchten eine Partei, in der sich die Deutschen einen, aber leider, leider gibt es Parteien, die um ihres Parteiführers willen die deutsche Einigkeit fürchten.

So wenig, wie unter dem Geist, der die Völker der Welt heute noch beherrscht, ein Völkerbund möglich ist, wenn nicht eine höhere Macht dazwischen fährt, so wenig ist ein einiges deutsches Volk möglich unter dem Banner einer schwarz-rot-goldenen Internationale.

D. R. A. Es bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung, wie notwendig und wichtig es in unserer gegenwärtigen Lage ist, einen möglichst erheblichen Teil unserer Stadt- und Industriebevölkerung wieder auf dem Lande unterzubringen. Die Zukunft Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten ist, wie jetzt wohl allgemein anerkannt wird, vor allem auf einer intensiveren Bodenkultur aufzubauen. Auf dem Lande fehlt es aber an Arbeitskräften, in den Städten und in der Industrie sind sie dagegen in großen Mengen überflüssig. Indes die Überführung von Arbeitskräften aus den Städten und Industriebezirken auf das Land und die Ansiedlung dort scheitert vielfach an dem Mangel an Wohnungen, und angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten, die zurzeit noch der Bautätigkeit entgegenstehen, ist es vorderhand auch nicht möglich, diesem Mangel durch eine genügende Zahl von Neubauten abzuhefeln. Dafür bieten sich bei gutem Willen eine Anzahl Mittel zur besseren Rukbarmachung der auf dem Lande vorhandenen Wohngelegenheiten dar, die doch ein nicht unbeträchtliches Stüd

Die Bekämpfung des Schleichhandels und somit die Unterbindung solcher Zustände, wie sie in der Eingabe geschildert werden, ist in erster Linie Sache der allgemeinen Polizeiverwaltung. Die Mitwirkung der Eisenbahn kann dabei nur insofern in Frage kommen, als sie die Polizeiorgane bei der Feststellung und Verhinderung von Uebertretungen der gegen den Schleichhandel erlassenen Verordnungen soweit unterstützt, als es mit der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, der Durchführung des Eisenbahnbetriebes vereinbar ist. In dieser Beziehung sind die weitgehendsten Anordnungen getroffen worden. Die Eisenbahnbeamten sind im Verlaufe der Kriegszeit mit Kontrollvorschriften kriegswirtschaftlicher Art, insbesondere auch mit Vorschriften zur Bekämpfung des Schleichhandels bei der Beförderung der Güter auf Frachtvertrag, derart belastet worden, daß sie ihrer kaum noch Herr zu werden vermochten. Daneben nun noch gegen denjenigen Schleichhandel vorzugehen, der von den Reisenden durch Mitnahme der Waren

Eine zusammenfassende Darlegung über diese ganzen Verhältnisse bringt ein Flugblatt „Wie kommen wir schnell zu Wohnungen auf dem Lande?“, das der Deutsche Verein für Wohnungsreform, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmehlstraße 4, soeben herausgegeben hat und das von ihm bezogen werden kann. (Preis 15 Pfg. das Stück.) Dieses Flugblatt macht auch noch besonders darauf aufmerksam, daß auf die angegebene Weise auch bei der Aufteilung der Güter die anzuführenden Ansiedler oft schon vor der Errichtung ihrer Häuser untergebracht werden können. Sie können dann schon alsbald ihren künftigen Landbesitz angewiesen erhalten und später beim Bau ihrer Heimstätten selber mit Hand anlegen. Wähten diese Winke dazu beitragen, die so schwierige, aber für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes so ungemein wichtige Frage der Um- und Neuordnung in unserem Siedlungs- wesen zu fördern!

Die Gegenseite hat zwar zweifellos ein Interesse daran, den Wiederaufbau so schnell wie möglich erfolgen zu lassen. Sie weiß, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie nach Frankreich kommen, viel nutzen

Ann. d. Schriftstg.: Es ist schade, daß wir dieser Sache noch einmal soviel Raum zuwenden müssen. Jeder, der Gelegenheit hatte, etwas Einblick in die Zustände zu nehmen, hatte das Empfinden, daß nicht die dem Schleichhändler gebotene Transportmöglichkeit das schmerzhafteste bei der Sache war. Nirgends trat einem die wirkliche Not der Zeit und die Unzulänglichkeit der Regierungsmaßnahmen so stark vor die Seele, als gerade auf den Bahnhöfen. Die tausende Arbeiterfrauen, die 50 Pfund Kartoffeln und vielleicht sonst noch eine Kleinigkeit für ihre hungernden Angehörigen für schweres Geld zu ergattern, oft tagelang unterwegs sein mußten, und dann endlich abgeholt, müde und verbittert auf den Bahnhöfen ankamen, mußten im Herzen eines jeden Unbeteiligten ein tiefes Mitleid erwecken. In diesen Zeiten höchster Not hat man es oft dankbar begrüßt, wenn die Eisenbahner: weitgehendste Rücksicht walten ließen. Daß die Eisenbahndirektion jetzt noch des langen und breiten versuchen will, sich zu rechtfertigen, ändert an der Tatsache nichts, daß einzelne Beamte der Versuchung erliegen sind, unter dem Vorwand der Rücksichtnahme auf die armen Frauen den gewerbemäßigen Schleichhändlern weitgehendes Entgegenkommen zu gewähren.

Materialeisen-
bedarfsbau er-
interesse daran,
wir nach den
tragen sol-
nisch viel mehr,
nten und Ar-
ein möglichst
Unternehmer
winne bei den
wollen die Ma-

ufen; und die
fung, daß sie
Jahre hinaus
hier in Frage
Konjunktur zu
Unter diesen
händler, denen
beraufbau die
u mildern, an
u kommen die

wirkung von
beraufbau an-
ein gegensätz-
ter. Die deut-
dem Gezeir-
nationale wie-
meradikalische
en, wenn dies
r widerpricht,
igen bedürfen,
u überzeugen,
der deutschen
die Arbeits-
in Arbeiter in
die schädigende

geklärt: die
deutschen Ar-
g, der Arbeit-
der Unter-
eingehenden
die Forder-
stellen müssen,
n. Jedenfalls
beitsbedingun-
er nach Frank-

erfaßtes mit
dem größten
wir nicht etwa
auch nur den
um trotz ihrer
dingungsloren
en noch wei-

enen.
mandanten.
Rundgeheim
zugleich mit
und immer
den Gefange-
ganze zivilis-
Geschichte der
nachdem Mo-
lichkeiten, seit
ung des Frie-
durch Deutsch-
der Kriegsge-
ne Frage be-

ie sich der Ge-
t die, Frank-
n Aufschriften
sangenentla-

verbittet und
aren vergebens
Gefangenschaft.
schlich auf die

Eisenbahn ab-
zu verhindern,
senbahnstrecken
von dem Ein-
se, gestillert
unbeamten all-

entbehrt der
nnte Anhalts-
ie eine Unter-
nachdrücklich

ir dieser Sache
n. Jeder, der
de zu nehmen,
t Schließ-
schmerzliche
wirkliche Not

Regierungs-
erade auf den
nen, die 50
ne Kleinigkeit
eres Geld zu

en, und dann
nen Bahnhöfen
beteiligten ein
Zeiten höchster
Eisenbahnen

ah die Eisen-
ten versuchen
he nichts, daß
d, unter dem
Frauen den
es Entgegen-

erlösende Nachricht. Doch wie bitter wurden wir bisher enttäuscht. Mit Grauen sehen wir einem neuen Winter entgegen. Die Kommission, die den Abtransport regeln soll, ist immer noch nicht zusammengetreten. Die Schuld mißt man allgemein in tiefer Erbitterung der deutschen Regierung zu. In diesem Glauben werden wir von unserem Lagerkommandanten bestrahlt. Der Postverkehr scheint bereits eingestellt zu sein. Pakete kommen gar nicht mehr an, Briefe nur spärlich. Was diese Entbehrungen für uns bedeuten, kann nur ein körperlich und geistig Schmachterder ganz fühlen. Warum klärt die Regierung das Volk nicht auf und entkühlt die volle Wahrheit? Werdet nicht irre an der Heimat, schreibt man uns in Aufrufen. Doch diesen Glauben nimmt uns die Heimat selbst. Helft uns und befreit uns recht und mächtige Menschen, Eure Brüder, aus der schmachvollen Gefangenschaft. Bewahrt uns vor dem nahenden Winter mit seinen Schrecken und Opfern.

Es geht aus diesem Schreiben hervor, wie die „Frankf. Bzg.“ bemerkt, daß die Lagerkommandanten, offenbar auf höhere Weisung, sich darin gefallen, die ihnen anvertrauten Menschen vollends zur Verzweiflung zu bringen, indem sie bei ihnen die Vorstellung erwecken, als sei ihr Schicksal der deutschen Regierung gleichgültig. Das Blatt erwartet, daß nun endlich die französischen Sozialisten, aus deren Mitte die bekannte Lutzerath-Resolution beantragt worden ist, sich mit einigem Eifer auch um ihre Durchführung bemühen werden.

Reichspräsident Ebert hat auf den Offenen Brief des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen geantwortet, daß er jenen erschlitternden Offenen Brief durch Buntspruch aller Welt zur Kenntnis bringen werde.

Die Kohlendebatte in Weimar.

Reichswirtschaftsminister Schmidt für eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken.

Bei der Besprechung der Interpellation der Reichstagsparteien über den Mangel an Kohlen für die Kohlenförderung verbreitete sich der Reichswirtschaftsminister Schmidt in längeren Ausführungen über die Kohlennot und die Maßnahmen der Regierung zur Beseitigung der Kohlenkrise. Der Minister hält weitere Einschränkungen des Kohlenverbrauchs für unbedenklich, wenn nicht die schwersten wirtschaftlichen Nachteile eintreten sollten. Die Steigerung der Produktion sei das erste Erfordernis. Da müsse zunächst die Arbeiterkraft einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit liebgewordene Grundbesitze im Interesse des Gemeinwohls zurückstellen müsse und nicht immer wieder das deutsche Wirtschaftsleben durch dauernden Streiks in seiner Entwicklung lähmen und noch schließlich ruinieren dürfe.

Die Regierung unterfinde gegenwärtig, wie weit es möglich ist, die Arbeiterkraft in vermehrtem Umfang nach dem Ruhrkohlenbezirk, dem wichtigsten, hinzuziehen. An der Durchführung von Hilfsmaßnahmen, wie Besserung der Wohnungsverhältnisse, gemeinsame Küche, bessere Bekleidung namentlich auch der ledigen Arbeiter, werde sie es nicht fehlen lassen. Die Wichtigkeit der Wohnungsfrage sei unbestreitbar. Es sei noch nicht gelungen, die Arbeiterkraft davon zu überzeugen, daß die Notlage am wirksamsten durch eine gesteigerte Produktivität ihrer Leistungsfähigkeit in einem beschränkten Zeitraum, durch Verlängerung der Arbeitszeit

für eine bestimmte Zeit um eine Stunde bekämpft würde. Die Arbeiterkraft im Kohlengebiet müge sich vergegenwärtigen, daß sie die Industriearbeiter fast ganz Deutschlands für den kommenden Winter in die schwerste Gefahr bringt. Die Regierung sei bereit, den Wünschen der Arbeiterkraft hinsichtlich der Reform des Knappschaftswesens zu entsprechen. Für den Hausbedarf in den großen Städten werde durch die Forstverwaltungen Holz bereitgestellt werden müssen. Die Not der Zeit zwingt zum Raubbau in den Beständen unmittelbar in der Nähe der großen Städte. Die Regierung sei selbst bestrebt, trotz aller sehr schwer entgegenstehenden Bedenken, amerikanische Kohlen für die Industrien einzuführen, die durch Ausfuhr einen Ausweg schaffen können. Durch alle diese Maßnahmen werden aber nur hier und da einige Notstände beseitigt. Das größte Übel sei die Berrüttung des Transportwesens. Die Eisenbahnverwaltung sei heute nicht einmal mehr in der Lage, für die vollständige Abfuhr der Bestände aus den Häfen zu sorgen. Mit Entsetzen sehe er dem Zustande entgegen, der eintreten muß, wenn das Baumaterial für die Abfuhr von Kartoffeln, Rüben usw. in Anspruch genommen werden muß. Da bleibt kein anderes Mittel als

die Einstellung des Personenverkehrs. Der Güterverkehr ist das Wichtigste. Ohne Rücksicht auf andere Interessen werde an die Ausfüllung der Kohlenlager der Eisenbahnverwaltungen gegangen werden. Wenn diese nicht über Bestände für 20 bis 30 Tage verfügen, drohe der Zusammenbruch. Es soll alles geschehen, um diesen auch für die östlichen Provinzen zu vermeiden.

Der Minister wandte sich dann gegen die revolutionäre, verheerende Agitation der kommunistischen Partei unter den Eisenbahnern und Grubenarbeitern und kündigte scharfe Maßnahmen seitens der Regierung an. Nach einer längeren Debatte, an der sich u. a. die Bergarbeiterführer Imbusch (Ztr.) und Hue (Soz.) sowie Gewerkschaftssekretär Ziegler (Dem.) und Generaldirektor Köglor von der deutschen Volkspartei beteiligten, wurde der Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft, dessen Beratung mit der Besprechung der Interpellation verbunden worden war, in allen drei Lesungen angenommen.

Eine von den Abgg. Voebke, Imbusch und Hue eingebrachte Entschließung, welche zur Verhinderung der furchtbaren, das Volk als Folge der außerordentlichen Kohlennot bedrohenden Katastrophe schnelle und durchgreifende Maßnahmen für eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung und für ihren regelmäßigen Abtransport fordert, wurde unter Ablehnung der unabhängigen Abänderungsanträge angenommen. In der Entschließung werden vornehmlich empfohlen: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf einen Betrag, der als auskömmliche Gegenleistung für die anstrengende bergmännische Tätigkeit angesehen werden kann, bessere Ernährung der Bergarbeiter, Schutzeug und bessere Versorgung mit Berufskleidung und Schutzeug, Abschluß von Tarifverträgen, ein Reichsberggesetz, Heranziehung der Betriebsräte

zur Mitarbeit und Kontrolle, Erhöhung der Knappschaftsrenten, Erlass eines Reichsknappschaftsgesetzes, Vermehrung der Arbeitskräfte, schnellste und großzügigste Beschaffung von Wohnungen unter Gewährleistung von Reichsbethülfe, Einlegung von zwei vollen Förderschichten, regelmäßige Einstellung von Eisenbahnwagen, Durchführung der Sozialisierung.

Desgleichen fand Annahme eine Entschließung der Reichstagsparteien, wonach die Nationalversammlung an die Regierung und an alle Beteiligten im Volke die dringende Aufforderung richtet, alles aufzubieten, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau und der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze sowie die Hebung größter Sparamkeit im Verbrauch der Brennstoffe herbeizuführen.

Geringere Kohlenlieferung an die Entente.

Nach dem Friedensvertrag hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, bis zu 40 Millionen Tonnen Kohlen an den Verband zu liefern. Verhandlungen, die in der letzten Zeit mit der Entente über die Kohlenlieferung geführt worden sind, haben zu einer Ermäßigung dieser Forderung der Entente geführt. Wie Reichswirtschaftsminister Schmidt in der Nationalversammlung mitteilte, ist die Forderung der Entente von 40 Millionen auf 21 Millionen herabgesetzt worden. Dieses Zugeständnis ist nur auf Widerruf gemacht worden, und es ist nicht anzunehmen, daß die Entente auf die Dauer sich mit der Hälfte der Kohlenlieferung begnügen wird. Immerhin bedeutet der Verzicht auf 19 Millionen Tonnen monatlich für die kommende Winterzeit eine Erleichterung für die Kohlenversorgung im Inlande.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Arbeitswilligen durch die Behörden.

In der Streiklage in Oberschlesien ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. In den ober-schlesischen Elektrizitätswerken herrscht Teilstreik. Die Verhandlungen im Grubenarbeiterstreik sollen wieder aufgenommen werden. In Königshütte mußte Staatssekretär Höring, der im Gewerkschaftshause sprechen wollte, seinen Vortrag abbrechen, weil ein ungeheurer Tumult losbrach und eine Handgranate explodierte. Die Folgen des Streiks beginnen sich auch in Oberschlesien recht fühlbar zu machen. Die Licht- und Kraftversorgung ist eingestellt. Die Industriebetriebe sind in aller Kürze wegen Kohlenmangels dazu gezwungen. Die Gaswerke sind zur Ausführung empfindlicher Sperrstunden und gänzlicher Stilllegung gezwungen, falls nicht sofort Kohle eintrifft. Eine große Anzahl Eisenbahnzüge, selbst auf den Hauptstrecken, mußte ausfallen.

Der Staatskommissar hat angeordnet, daß in den Lichtwerken Zaborze und Chorzow je zwei Kompanien Pioniere die Lichtwerke wieder in Kraft setzen. Auf Grund des Arbeitszwanges hat der Staatskommissar ferner den Belegschaften der beiden Lichtwerke Arbeitsbefehle zugehen lassen. Sobald die Arbeiterkraft ihren Dienst aufgenommen hat, wird das Militär zurückgezogen. Der Schaden, den die Volkswirtschaft durch diesen neuerlichen spartakistischen Streik erleidet, ist wieder ungeheuer. Der Lohnausfall kann täglich auf 600 000 Mark, der Wert der ausgefallenen Förderung täglich auf 6 000 000 Mark geschätzt werden.

Eine vom Reichs- und Staatskommissar Höring und dem kommandierenden General des 5. Armee-korps für das Belagerungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassene Verordnung verbietet, Arbeitswillige (d. h. Personen, die sich nicht am Streik beteiligen wollen) durch Bedrohung, Einschüchterung, Ueberrückung, Aufstellen von Streikposten oder in sonstiger Weise an der Aufnahme oder der Ausführung der Arbeit zu verhindern.

Einigungsverhandlungen in Kattowitz.

Am Freitag fanden in Kattowitz Einigungsverhandlungen in Sachen des Bergarbeiterausstandes und der Arbeitsniederlegung bei den Oberschlesischen Elektrizitätswerken statt. Bezüglich des Ausstandes bei den Oberschlesischen Elektrizitätswerken wurde schließlich nach den Darlegungen des Staatskommissars Höring vom Arbeitgeberverband eine Lohnerhöhung von zehn Prozent bewilligt. Mit diesem Beschluß war eigentlich die Ausstandsbewegung bei den Lichtwerken Chorzow und Zaborze gegenstandslos geworden. Trotz alledem trat durch spartakistische Exzesse das Lichtwerk Chorzow in den Ausstand mit der Forderung eines Kohlendeputats und eines Wohnungsgeldes.

Mit Bezug auf den Bergarbeiterausstand schlug der Staatskommissar noch folgende Entschließung vor: Die am 15. August vom Staatskommissar Höring nach Kattowitz einberufene Konferenz erklärt: „Der Streik wird von keiner Gewerkschaft geführt, gilt also als wilder Streik, hat also keine Berechtigung und muß sofort beendet werden; die Arbeit ist sofort aufzunehmen.“ In der Verhandlung erklärten sowohl der Arbeitgeberverband wie die sechs Gewerkschaften sich mit dieser Entschließung einverstanden.

In seinem Schlusswort erklärte der Staatskommissar Höring, nachdem die von ihm vorgeschlagene Resolution von allen Vertretern angenommen worden sei, richtete er an die Arbeitgeber das dringende Ersuchen, noch ehe in Verhandlungen eingetreten werde, alle diejenigen Arbeiter, die entlassen worden seien, und sich nicht eines direkten Verbrechens schuldig gemacht haben, wieder einzustellen. Aber auch an die Arbeitervertreter richtete er die Bitte, in ihren Organisationen zu verbreiten, daß der Staatskommissar hinter jedem Arbeiter stehe, der arbeiten wolle und nicht durch verbrecherische Handlungen die allgemeine Sicherheit und Ordnung störe.

Die Lage in Ungarn.

Der Oberste Rat an Rumänien.

Der Oberste Rat der Alliierten be sprach die sehr entgegenkommende Note Rumaniens, der zufolge der rumänische Abwehrminister in Ungaarn. Diamandi,

beauftragt wurde, sich unter allen Umständen den Anweisungen der alliierten Generale in Budapest zu fügen. Der Oberste Rat stellte dann den Text seiner Antwort auf. Der Ton der Antwortnote ist äußerst wohlwollend und freundschaftlich. Der Rat legt der rumänischen Regierung die Verpflichtung auf, dafür zu sorgen, daß der Lebensmittelversorgung Ungarns keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden und daß das Kriegsmaterial des Roten Heeres nicht angetastet werde ohne vorherige Verständigung mit den Befehlshabern der Alliierten, da dieses Material ein gemeinsames Hauptband für alle alliierten Mächte bilde. Schließlich wird Rumänien aufgefordert, alle ungarischen Fragen in Uebereinstimmung mit der Kommission der alliierten Generale zu regeln.

Entsendung englischer Monitore nach Budapest.

Der englische Admiral Troubridge begann die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung betreffs der Internationalisierung der Donau. Die Mienen, die die Kommunisten ausgelegt haben, sind bereits entfernt worden, und so wird der Fluß in aller nächster Zeit wieder schiffbar werden, wodurch die Lebensmittelversorgung der Hauptstadt erleichtert wird. Auf Verfügung des Admirals werden sechs englische Monitore und drei jerbische Kanonenboote nach Budapest entsendet werden.

Die Tschechen gegen Habsburg.

Die Abordnung der Tschecho-Slowaken hat der Konferenz eine Note überreichen lassen, worin sie gegen die Rückkehr des Erzherzogs Joseph zur Macht protestiert. Benes, der tschecho-slowakische Minister des Auswärtigen, hat folgende Erklärung darüber abgegeben: Der durch den Erzherzog Joseph vollzogene Staatsstreich hat in Böhmen und in den anderen aus der ehemaligen habsburgischen Monarchie gebildeten Staaten auf das äußerste beunruhigt. Er erscheint uns für die Tschecho-Slowakei und selbst für das ungarische Gleichgewicht eine große Gefahr. Es ist dieses unserer Meinung nach der erste Schritt zur Wiedereinführung der Monarchie in Wien und Budapest und zur Wiederaufrichtung der Dynastie, gegen die wir uns alle erhoben haben.

Baschitsch, der Präsident der südslawischen Abordnung, hat über dieses Thema mit dem Führer der amerikanischen Delegation in Paris, Polk, im gleichen Sinne gesprochen.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 16. August 1919.

Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung.

Ein Antrag des sächsischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Dr. Geher (N. Soz.) wegen Beleidigung der deutschen Offiziere wurde dem Antrag des Geschäftsausschusses entsprechend abgelehnt.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland.

Abg. Dr. Raschig verles die Regierung der Bereitwilligkeit seiner Partei, alle Maßregeln zu unterstützen, die geeignet sind, die Kapitalflucht zu unterbinden, und, wenn möglich, wieder rückgängig zu machen, auch wenn es sich dabei um Maßnahmen handelt, an die früher niemand zu denken gewagt hätte, z. B. die Auskunftsverpflichtung von Bankern und die weitgehenden Befugnisse, wie sie durch den vom Ausschuss eingefügten § 9a dem Reichsfinanzminister zum Erlaß von Verordnungen eingeräumt werden. Um zu verhindern, daß auf Grund dieser weitgehenden Befugnisse überstürzte Maßnahmen ergriffen werden, sollen diese Maßnahmen von der vorherigen Zustimmung eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 10 Mitgliedern abhängig sein. Nach den Erfahrungen, die man in den letzten Monaten gemacht habe, sei das eine unbedingte Notwendigkeit. Vor allen Dingen müsse darauf Wert gelegt werden, daß derartige Maßnahmen vorsichtig vorbereitet und bis zum letzten Augenblick geheim gehalten werden. Als die Nachricht durch die Presse ging, es sei eine Abstempelung der Banknoten beabsichtigt, sei die Folge ein ungeheurer Kapitalsturz gewesen.

Wie der Beredner erklärte sich auch Abg. Dr. Nieger (D. Bp.) mit dem Gesetze einverstanden, da die Kapitalflucht mit allen Mitteln gehindert werden muß. Der Redner erhob Protest gegen die Banknotenabstempelung. Bedenken sei der Eintritt eines Mangels an notwendigen Zahlungsmitteln. Die etwaigen Steuergewinne könnten in schlechtem Verhältnis zu den Kosten stehen. Man sollte die Abstempelung der Banknoten nur nach nochmaliger genauer Prüfung der Frage vornehmen.

Auch Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) stimmte im Namen seiner Partei dem Gesetze zu. Der allgemeine Tiefstand der Moral hänge mit dem Krieg zusammen und nicht mit der Revolution.

Reichsfinanzminister Erzberger betonte nochmals die Notwendigkeit rückichtsloser Gegenmaßnahmen gegen die Kapitalflucht. Die verantwortungsvolle Arbeit werde das Reichsfinanzministerium nicht nur in Verbindung mit allen anderen Ressorts, sondern auch mit den führenden Banken vornehmen. Gerade diesen müsse Gelegenheit zur Stellungnahme vor der endgültigen Entscheidung gegeben werden. Der Sturz der Baluta sei erfolgt durch die Aufhebung der Blockade, die ohne Wissen der Regierung Vertretern von Gemeinden und Stadtverwaltungen Gelegenheit zu Millionen-einkäufen im neutralen Ausland gegeben hat. Ferner haben die deutschen Soldaten überall, von Finnland bis zum Kaukasus, Geldnoten hinterlassen. In der letzten Zeit sei gerade von polnischer Seite eine große Masse Papiergeld auf den Markt geworfen worden. Zwischenscheine würden nicht ausgegeben werden; Verschleierungen durch Fälschung des Stempels seien so gut wie gänzlich ausgeschlossen, da der für den Zweck eigens konstruierte Stempel nach der Meinung von Fachleuten nicht nachgemacht werden könne, wenigstens nicht innerhalb zwei Monaten, die als Abstempelungszeit zunächst in Betracht kommen. Die Gesamtstempelung werde sich über einen sehr langen Zeitraum, vermutlich über Jahre erstrecken. Ziel des Finanzministeriums sei, das Kapital im In- und Auslande zu erfassen.

Die Nationalversammlung erledigte am Sonnabend in raschem Tempo endgültig das Gesetz gegen die Kapitalflucht, das Gesetz über die Kriegsabgabe, die Spielkartensteuer, das Zündwarensteuergesetz und

Grundbesitzsteuergesetz. Zu diesem wurde ein neuer Paragraph 7a beschlossen, nach dem die Steuern nur zur Hälfte erhoben werden, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 M., bei unbebauten Grundstücken 5000 M. nicht übersteigt.

Eine Petition auf Einführung einer Reichs-Inferantensteuer sollte nach dem Antrage der Kommission durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden; sie wurde aber auf Antrag Mumm dem Hofsenat überwiesen, der die Umsatzsteuervorlage zu beraten hat.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag vormittag 10 Uhr.

Verstärkung der Erbschaftsteuer.

Der 10. Ausschuss der Nationalversammlung hat in seiner Sitzung vom Sonnabend das Erbschaftsteuergesetz verabschiedet. Auf Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten sind die Sätze von 15 000 Mark auswärts ganz wesentlich verschärft worden, zum Teil wurden sie um das Doppelte erhöht. Am Mittwochabend soll das Gesetz in zweiter und dritter Lesung vom Plenum verabschiedet werden.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 16. August 1919.

— Reichspräsident Ebert hat dem Bundespräsidenten Ador in einem Telegramm warmen Dank für die Fürsorge ausgesprochen, die die Schweiz unseren Internierten gewidmet hat.

— Der im Baltikum kommandierende General v. d. Goltz ist von der deutschen Reichsregierung abberufen worden und hat Befehl erhalten, sich in Kolberg zu melden.

— Nach einem kriegsministeriellen Erlass sind infolge der Herabsetzung der Stärke der Grenzschutztruppen und ihrer Übernahme in die Reichswehr die auf Grund der Wehrpflicht bei Grenzschutzformationen noch zurückgebliebenen Heeresangehörigen der Geburtsjahrgänge 1898 bis 1899 baldigt zu entlassen.

— Wie verlautet, wird der russische Bolschewist Kadel nach der Ukraine abgeschoben werden, nachdem die Gewähr dafür geboten hat, daß die als Gegenmaßnahme in der Ukraine festgenommenen deutschen Geiseln ebenfalls freigelassen werden.

Die Danziger Frage. Die deutsche Regierung hat in Versailles eine Note des Inhalts überreichen lassen, daß die Bevölkerung von Danzig über wichtige, in den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht klar gestellte Fragen dringend Auskunft zu erhalten wünsche, vor allem über die staatliche Zugehörigkeit von dem im Augenblick des Ausschließens von Danzig aus dem Deutschen Reich bis zu ihrer Begründung als freie Stadt sowie eine Entscheidung über den künftigen Anteil des Freistaates an öffentlichem Eigentum. Ferner wünscht die Bevölkerung, daß möglichst bald an die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gegangen werde, und daß das Verhältnis Danzigs zu Polen eine Klärung erfahre. Da sich aus der augenblicklichen ungewissen Lage erhebliche politische und wirtschaftliche Unzutraglichkeiten für die Danziger Bevölkerung ergeben, so bittet die deutsche Regierung um baldmöglichste Einleitung von Verhandlungen hierüber.

Vor dem Ententegerichtshof. In der Zitateile von Lille beginnt eine Reihe deutscher Offiziere einzutreffen, die von den Franzosen angeklagt werden, Verbrechen in den besetzten Gebieten begangen zu haben. Die Zentralbehörde von Lille hat ihre Untersuchung auch auf die Urteile der deutschen Standgerichte erstreckt. Viele Frauen von Jacques-aux-Maerens, deren Männer erschossen wurden, behaupten, der Gouverneur von Lille, General von Heinrich, habe wenige Minuten, nachdem er den Advokaten der Verurteilten in einer Audienz zugezogen habe, sie dürften für ihre Klienten die Gnade des Kaisers anrufen, den Befehl zum Erschießen gegeben. Die Hinrichtung fand am nächsten Morgen statt. von Heinrich wird sich jetzt dafür zu verantworten haben.

Ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Mannschaftsversorgungsgesetzes. des Offizierspensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes ist der Deutschen Nationalversammlung zugegangen. Danach sind Kapitulanten, die während des Krieges zum aktiven Offizier oder Defizier befördert, ferner solche Kapitulanten, die zu Offizieren des Beurlaubtenstandes befördert und endlich solche, die mit einer Beurlaubtenstelle der Militärverwaltung beliehen worden sind, auf ihren Antrag die Versorgungsgebühr zu gewähren, die ihnen zustehen würde, wenn sie durch die Beförderung oder Beilehung die Eigenschaft als Kapitulanten im Sinne des Versorgungsgesetzes nicht verloren hätten. Soweit hiernach der Zivildienst nachträglich verliehen wird, gilt er von dem Zeitpunkt an, an dem der Empfänger den Anspruch auf Gebühren nach dem Offizierspensionsgesetz nicht berührt; eine aber schon verliehene Aufsicht auf Anstellung im Zivildienst verliert ihre Gültigkeit.

Der Zusammenschluß aller Deutschen in der Ostmark. Die deutsche Partei (Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen) hielt am Donnerstag in Pilschau unter dem Vorsitz des Justizrats Menzel ihren ersten aus allen Kreisen des abzutretenden Gebietes besuchten Vertretertag ab. Nach Vorträgen über die Entstehung der Partei wurden die vorläufigen politischen Richtlinien festgesetzt. In den angenommenen Richtlinien für die Organisation der deutschen Partei heißt es: Die erste praktische Aufgabe ist der Zusammenschluß aller Deutschen ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Anschauung und ihre bisherige Parteizugehörigkeit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Anwendung weiter demokratischer Gesichtspunkte für die Organisation der örtlichen Vertretungen. Die neue Partei baut sich auf Ortsvereinigungen, Kreisvereinigungen und Provinzialvereinigungen auf. Diese wählen je 20 Vertreter in einer über ganz Polen sich erstreckenden Landesvereinigung. Angenommen wurde der Antrag, daß alle auf der Tagung vertretenen Organisationen sich zusammenschließen zu Orts- beziehungsweise Kreisvereinigungen der Deutschen Partei.

Die Stellung der Polizei zur Regierung. Der Vorstand des Reichsverbandes der Polizeibeamten von Deutschland erklärte in seiner letzten Sitzung einstimmig, daß die Polizei das politische Instrument der jeweiligen Regierung sei, somit jeder Polizeibeamter verpflichtet ist, die Staatsordnung aufrecht zu erhalten und die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten. Dieser Beschluß ist sämtlichen Landesverbänden und Dienststellen für die Aufklärungsarbeit in der Polizeibeamtenbewegung überwiesen worden.

Rundschau im Auslande.

Österreich: Schutz der Deutschen in Ungarn.

In einer Note an Ministerpräsident Clemenceau teilte Staatssekretär Renner mit, er habe erfahren, daß der Befehlshaber der etwa 6000 Mann starken ungarischen Streitkräfte in Steinamanger erklärt habe, Deutsch-Ungarn solle wieder durch Waffengewalt der ungarischen Herrschaft unterworfen werden. Nachdem Teile dieses Gebietes bereits früher durch die kaiserlichen Besatzungen ungarischer bolschewistischer Truppen stark gelitten hätten, hätten die Deutschen Westungarns jetzt aus Angst vor einer ähnlichen Heimtückung die Befragung der bedrohten Gebiete durch Deutsch-Österreich erbeten. Ferner seien die Deutschen Westungarns durch eine Meldung der rumänischen Presseagentur benachrichtigt, daß eine Befragung durch rumänische Truppen bevorstehe, was für die Einwohner neue schwere Lasten bedeuten und mittelbar auch Deutsch-Österreich in Mitleidenchaft ziehen würde. Staatskanzler Renner ersucht daher den Obersten Rat der Alliierten durch einen Nachdruck an die Ungarn und Rumänen, die bedrohten Gebiete vor einem Einmarsch und damit auch vor Plünderungen zu schützen. Deutsch-Österreich möge es gestattet werden, durch eine Sicherheitswache aus Gendarmen und Volkswache für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Westungarn zu sorgen.

Polen: Kriegsgerichte gegen Pogromschänder.

Auf die Anregung des Staatspräsidenten Paderewski hin wurden mehr als 40 Kriegsgerichte errichtet, die innerhalb 24 Stunden über alle wegen Vergehen gegen die Juden verhafteten Urteile zu fällen haben. Diese Kriegsgerichte sollen über Militär- und Zivilpersonen Recht sprechen und hinsichtlich des zu fällenden Urteils große Freiheit genießen. — Offenbar mußte über einen großen Teil von Kongresspolen infolge der Ausbeutung der Programme der Belagerungszustand verhängt werden.

England: Die Deutschen in England.

In der Antwort auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär des Innern im englischen Unterhaus, daß bedingungslos Einwanderung nach England nur den englischen Frauen von Deutschen gewährt worden sei, die aus zwingenden Gründen nach England berufen worden. Außerdem würden deutsche Geschäftsleute zugelassen werden, deren Anwesenheit für den englischen Handel vorteilhaft wäre. Sie würden aber gewissen Einschränkungen unterworfen hinsichtlich der Orte, in denen sie wohnen würden. Die Deutschen, die vor dem Kriege in England Geschäfte betrieben haben, jetzt aber nach Deutschland zurückgekehrt sind, würden nicht die Erlaubnis erhalten, ihre Geschäfte in England wieder aufzubauen.

Verknüpfte Staaten: Änderungen in der Völkerbundverfassung.

„New York World“ meldet, daß Änderungen in der Verfassung des Völkerbundes angenommen werden sollen, die erstmals den Vereinigten Staaten in der Versammlung des Völkerbundes ebenfalls Stimmen zusprechen wie Großbritannien und zweitens Schantung an China zurückgeben. Präsident Wilson wird am Dienstag im Weißen Hause dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die von ihm verlangten Einzelheiten über die Friedensbedingungen mitteilen. In seinem Briefe an den Ausschuss heißt es: Der Präsident hat den Brief mit der Bitte des Senators Lodge um eine Unterredung über das Zustandekommen des Friedensvertrages erhalten. Er begrüßt diese Gelegenheit, sich mit dem Ausschuss zu verständigen, und ist gern zu einer derartigen Unterredung bereit. Der Präsident wiederholt, daß er gern über alle in Paris behandelten Punkte, soweit dies möglich ist, volle Klarheit geben würde.

Nach einer Nachricht des „Temps“ aus der Schweiz hat sich der Bruder der ehemaligen Kaiserin von Österreich, Prinz Felix von Bourbon-Parma, mit der Großherzogin von Luxemburg verlobt.

Durch eine Verordnung des italienischen Eisenbahnministers wird der direkte italienisch-deutsche Eisenbahnverkehr nach beiden Richtungen durch die Schweiz eröffnet.

Die italienische Regierung hat zu ihrem Voteführer in Berlin den bevollmächtigten Minister Commendatore Giacomo de Martino bestimmt, der bisher Generalsekretär im Ministerium des Inneren war und augenblicklich als Generalsekretär der italienischen Friedensabordnung in Paris wirkt.

Total- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 19. August 1919.

Frühkartoffelausgabe im Landkreise Bielefeld. An sämtliche Kartoffelverbraucher werden in der Woche vom 17. bis 23. August 1919 gegen Abgabe der Marke 5 der Frühkartoffelkarte pro Kopf 7 Pfund Frühkartoffeln ausgegeben. Der Tag der Ausgabe wird von den Herren Gemeindevorsteher ortsüblich bekanntgegeben.

Illenstedt. Am Mittwochabend hatten sich im Gasthaus Strathmann wohl 500 Einwohner aus allen Ständen und Berufen versammelt, um zu beraten, was wohl zu tun sei, um nicht länger die Hausdurchsuchungen, welche in manchen Fällen an Hausfriedensbruch grenzen, von auswärtigen Feststellungskommissionen dulden zu müssen. Von Selbstversorgern wie auch von Verbrauchsbesitzern wurden eine große Anzahl von Beschwerden vorgebracht, welche zeigten, daß solche Zustände nicht länger mehr zu ertragen sind. Die Anwesenden gaben daher folgende Erklärung ab: die Pflichtlieferung nach wie vor zu erfüllen und den Behörden in jeder Weise zu helfen, lehren es aber ganz entschieden ab, sich noch von auswärtigen Feststellungskommissionen kontrollieren zu lassen. Die Kontrolle soll nur von hiesigen Einwohnern ausgeübt werden. Wenn die Kontrolle von hiesigen Einwohnern ausgeübt wird, so geschieht es ehrenamtlich, während auswärtige Kontrollkommissionen doch bezahlt werden müssen.

Anm. d. Schriftl.: Da es in verschiedenen Gemeinden zu Ausschreitungen gekommen ist, sind von Generalkommando Truppen zur Sicherung der Kommissionen zur Verfügung gestellt. So unangenehm es für die Landwirte ist, sich kontrollieren lassen zu müssen, ist denselben doch anzuraten, sich damit abzufinden. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß in punkto gerechter Verteilung der Vorräte schwer gekündigt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Vollziehung des Reichsrats. Unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsministers der Finanzen Erzberger fand die erste öffentliche Vollziehung des Reichsrats, der an Stelle des früheren Bundesrats getreten ist, statt. Die 24 deutschen Länder hatten ihre Vertreter benannt, so daß sofort die Bildung des Reichsrats erfolgen konnte, der zunächst die für die Fortführung der Geschäfte erforderlichen vorläufigen Beschlüsse faßt. Der Reichsrat gab einer Reihe Gesetzesvorlagen seine Zustimmung.

Die Kohlenlieferungen an die Entente. Die Meldung, daß die Entente auf eine Herabsetzung der ihr von Deutschland zu fließenden Kohlenmenge eingegangen ist, wird jetzt halbamtlich abgelehnt. Die kaiserlichen Regierungen hätten zwar eingesehen, daß wir gegenwärtig das geforderte Quantum nicht liefern könnten, aber eine zahlenmäßige Festlegung sei noch nicht erfolgt, und die Forderungen, die jetzt in Versailles erhoben würden, bedrohten unser Wirtschaftsleben immer noch mit den schwersten Gefahren. Es müsse dringend vor Hoffnungen auf Erleichterung der Kohlenmont gewarnt werden, und die deutschen Kohlenbergwerke müßten unbedingt ihre Förderung ganz erheblich steigern, um eine vernünftige Basis für befriedigende Verhandlungen zu schaffen.

Die Verhandlungen mit Polen. Die Verhandlungen mit den polnischen Delegierten nehmen einen befriedigenden Verlauf. Verschiedene Unterkommissionen haben ihre Arbeiten bereits begonnen, die Verhandlungen der Kommission für Internierte und Gefangene sind so gut wie beendet; in allen Hauptfragen ist hier vollkommene Übereinstimmung erzielt worden, besonders darüber, daß für alle aus Anlaß der nationalen Erhebung begangenen Vergehen, mit Ausnahme der gemeinen Verbrechen, beiderseits eine Amnestie erlassen wird, sowie, daß die Internierten ausnahmslos zu entlassen sind. Die strikte Durchführung dieses Abkommens wird von einer polnischen Kommission unter neutralem Vorsitz überwacht werden. In der Unterkommission für die Schulfragen bestand für die deutschen Vertreter hauptsächlich die Pflicht die Wünsche der deutschen Bevölkerung der Abtretungsgebiete zur Geltung zu bringen. In wichtigen Fragen ist auch hier ein Einvernehmen erzielt worden, besonders hat es sich gezeigt, daß im polnischen Elementarunterricht die deutschen Wünsche Berücksichtigung gefunden haben. Die kirchlichen Fragen sind bis zum Eintreffen polnischer Sachverständiger zurückgestellt worden. — In den Wirtschaftsverhandlungen sind einzelne allgemeine Angelegenheiten besprochen worden; die Beratungen werden fortgesetzt.

Eisenbahnunfall in Frankreich. Ein Unfall bei Lureville auf der Eisenbahn von Paris-Strasbourg. Der Pariser Zug hatte keine Verletzte, der Straßburger acht tote und 34 Verwundete, von denen einige hoffnungslos verletzt sind. Die Ursache des Unglücks ist das Versagen eines Signals.

Der den Inhalt verantwortliche: H. Kraus, Bielefeld. — Druck und Verlag: Bielefelder Zeitung. — Nummer 74, 19. August 1919. Alle für die Redaktion bestimmten Mitteilungen sind zu richten nach Bielefeld, Bismarckstr. 22. Alle für die Geschäftsstelle bestimmten Mitteilungen, Briefe, Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Bismarckstr. 22, Bielefeld. Postkontonummer 7882 Hannover.

Bekanntmachung

betreffend Preise für Frühkartoffeln der Ernte 1919 in der Provinz Westfalen in der Zeit vom 16. bis 31. August 1919.

Mit Zustimmung des Herrn Reichsernährungsministers wird gemäß § 3 der Verordnung über die Preise für Frühkartoffeln vom 10. April 1919 (R. G. Bl. S. 385) in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 29. Mai 1919 zu Nr. 3 der Frühkartoffelhöchstpreise in der Zeit vom 16. bis 31. August 1919 einschließlich auf 9 Mark für den Zentner festgesetzt.

Münster i. W., den 15. August 1919.

Provinzialkartoffelstelle für die Provinz Westfalen. — Veröffentlicht!

Bielefeld, den 16. August 1919.

Magistrat Bielefeld. — Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Evangel. soziales Frauenseminar

der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh. Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Gymnasiums oder nachweislich gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Eine bekehrte Köchin

nicht zu jung, wird als erstes Mädchenmädchen gesucht. Näheres bei Fräulein Plew, Mansell, Schloß Börmünde (Markt), Kreis Niederbarnim.

Dame

53 Jahre alt, sucht eine Stelle zur Führung eines kleinen Haushaltes bei einem Herrn oder Dame. Dieselbe ist in der Krankenpflege erfahren. Staatsprüfung vorhanden. Angebote unter 5377 an d. Exp. d. Zig.

Ein ehrliches, fleißiges, saub. Zweitmädchen

wird zum 1. September oder später nach Gern. i. W. gesucht. Angebote unter V. H. an die Exped. d. Blattes.

Gummiwaren!

Trigartorischläuche, Luftreifen, Schwammbeutel, Spundhufe, Zimmertische, Stühle.

Felkehaus. W. Küper.

Jon. Alfred Küper. — Bismarckstraße 3a.